

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Einleitung . . . . .	1
A. Hintergrund . . . . .	1
B. Ziel und Gang der Untersuchung . . . . .	5
I. Ziel der Untersuchung . . . . .	5
II. Gang der Untersuchung . . . . .	7
Kapitel 1: Grundstrukturen des bisherigen sektoralen Zulassungssystems . . . . .	11
A. Typologisierung nach Entscheidungsspielräumen . . . . .	12
I. Gebundene Entscheidung . . . . .	12
II. Ermessensentscheidung . . . . .	14
III. Planfeststellung als abwägungsbestimmte Entscheidung .	16
IV. Unbestimmte Rechtsbegriffe . . . . .	18
B. Typologisierung nach Zulassungswirkungen . . . . .	20
C. Vielgestaltigkeit in der Praxis . . . . .	22
D. Ergebnis . . . . .	24
Kapitel 2: Europarechtliche Vorgaben für einen integrierten Ansatz im deutschen Umweltrecht . . . . .	26
A. Der integrierte Umweltschutz im europäischen Umweltrecht . . . . .	26
I. Begriff des integrierten Umweltschutzes . . . . .	27
1. Externe Integration . . . . .	28
2. Interne Integration . . . . .	28
II. Europäisches Primärrecht . . . . .	30
1. Integrationsprinzip . . . . .	30
2. Nachhaltigkeitsprinzip . . . . .	33
3. Vorsorgeprinzip . . . . .	34

III.	Europäisches Sekundärrecht . . . . .	36
1.	UVP-Richtlinie . . . . .	38
2.	SUP-Richtlinie . . . . .	40
3.	IVU-Richtlinie . . . . .	41
a)	Materiellrechtliche Integration . . . . .	41
b)	Verfahrensrechtliche Integration . . . . .	43
B.	Umsetzung des integrierten Ansatzes in das deutsche Recht . . . . .	45
I.	UVPG . . . . .	46
1.	Allgemeine Vorschriften für Umweltprüfungen . . . . .	46
2.	Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	46
3.	Strategische Umweltprüfung . . . . .	47
4.	Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	47
II.	Artikelgesetz . . . . .	48
1.	Änderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes . . . . .	49
a)	Materiellrechtliche Änderungen . . . . .	49
aa)	Zweck- und Zielbestimmungen . . . . .	49
bb)	Grundpflichten . . . . .	50
cc)	Stand der Technik . . . . .	51
dd)	Untergesetzliches Regelwerk . . . . .	51
b)	Verfahrensrechtliche Änderungen . . . . .	52
aa)	Zeitlich versetzte Durchführung der Zulassungsverfahren . . . . .	53
bb)	Meinungsverschiedenheiten zwischen den Behörden . . . . .	55
cc)	Mangelnde Vollzugsfähigkeit . . . . .	55
dd)	Zwischenergebnis . . . . .	56
2.	Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes . . . . .	56
3.	Änderungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes	57
C.	Ergebnis . . . . .	58
Kapitel 3: Das Projekt eines Umweltgesetzbuchs . . . . .		62
A.	Der Kodifikationsbegriff . . . . .	62
I.	Das Umweltgesetzbuch als Bereichskodifikation . . . . .	62
II.	Das Umweltgesetzbuch als Gesamt- und als Teilkodifikation	63
B.	Historische Entwicklung des Umweltgesetzbuchs . . . . .	64
I.	Die bisherigen Entwürfe eines Umweltgesetzbuchs . . . . .	64
1.	Der Professorenentwurf von 1990/1994 . . . . .	64
2.	Der Kommissionsentwurf von 1998 . . . . .	65
3.	Der Referentenentwurf von 1999 . . . . .	66
4.	Vorläufiges Scheitern des UGB-Projekts im Jahr 1999 .	67
II.	Die Entwürfe von 2007 und 2008 . . . . .	68

1. Die Föderalismusreform I als Wegbereiter . . . . .	69
2. Die weitere Entwicklung in den Jahren 2007–2009 . . . . .	71
a) Der Referentenentwurf vom November 2007 . . . . .	71
b) Der Entwurf vom Mai 2008 . . . . .	71
c) Der Entwurf vom Dezember 2008 . . . . .	72
3. Inhalt des Entwurfs vom Dezember 2008 . . . . .	72
a) Erstes Buch (UGB I) . . . . .	72
b) Zweites Buch (UGB II) . . . . .	73
c) Drittes Buch (UGB III) . . . . .	74
d) Viertes und Fünftes Buch (UGB IV und V) . . . . .	75
e) Weitere UGB-Bücher nach 2009 . . . . .	75
4. Das Scheitern des UGB-Projekts am 1. Februar 2009 . .	76
C. Ergebnis . . . . .	78

<b>Kapitel 4: Das Konzept der integrierten Vorhabengenehmigung und die Integration des wasserrechtlichen Bewirtschaftungsermessens . . . . .</b>	<b>80</b>
--	-----------

<b>A. Das Konzept der integrierten Vorhabengenehmigung . . . . .</b>	<b>81</b>
I. Begriff der integrierten Vorhabengenehmigung . . . . .	81
II. Integrationskonzept . . . . .	83
1. Materiellrechtliche Integration . . . . .	84
2. Verfahrensrechtliche Integration . . . . .	85
3. Einheitliche Konzeption für Genehmigung und planerische Genehmigung . . . . .	86
III. Neuordnung des wasserrechtlichen Benutzungsregimes . .	88
1. Bisheriges wasserrechtliches Benutzungsregime . . . .	88
a) Erlaubnis . . . . .	89
b) Bewilligung . . . . .	89
c) Gehobene Erlaubnis . . . . .	91
2. Geplante Neuordnung durch das Umweltgesetzbuch . .	91
a) Wegfall von Bewilligung und gehobener Erlaubnis .	92
b) Einführung des Grundpflichtenmodells . . . . .	93
<b>B. Alternativmodelle einer integrierten Vorhabengenehmigung im Schrifttum . . . . .</b>	<b>94</b>
I. Verfahrenskoordination und federführende Behörde . . . .	94
II. Verfahrenskonzentration . . . . .	96
III. Separation der wasserrechtlichen Entscheidung . . . . .	97
IV. Ergänzung des Genehmigungstatbestands durch eine Integrationsklausel . . . . .	98
V. Baukastensystem . . . . .	101
<b>C. Die Integration des wasserrechtlichen Bewirtschaftungsermessens</b>	<b>102</b>

I.	Rechtsfolgen- und Tatbestandslösung . . . . .	103
II.	Rechtsprechungshintergrund . . . . .	105
	1. Rechtsprechung zu Beurteilungsspielräumen . . . . .	105
	2. Vereinbarkeit eines ausdrücklichen Beurteilungsspielraums für wasserrechtliche Bewirtschaftungsaspekte mit der Verfassung . . . . .	107
	a) Zulässigkeit eines ausdrücklichen Beurteilungsspielraums . . . . .	107
	b) Anforderungen an einen ausdrücklichen Beurteilungsspielraum . . . . .	108
III.	Vergleich von Beurteilungsspielraum und Ermessen . . . . .	110
	1. Gemeinsamkeiten . . . . .	111
	a) Einräumung durch Normen . . . . .	111
	b) Behördliche Letztentscheidungsbefugnis und eingeschränkte gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	111
	c) Normstrukturelle Betrachtung . . . . .	114
	d) Ergebnisorientierte Betrachtung . . . . .	115
	2. Unterschiede . . . . .	115
	3. Zwischenergebnis . . . . .	115
IV.	Bewertung der beiden Lösungsmodelle . . . . .	117
D.	Ergebnis . . . . .	120
Kapitel 5: Materiellrechtliche Strukturen der integrierten Vorhabengenehmigung . . . . .		124
A. Anwendungsbereich . . . . .		124
I.	Vorhaben mit besonderem Umweltgefährdungspotenzial . .	125
	1. Vorhaben . . . . .	125
	2. Schädliche Umweltveränderungen und sonstige Beeinträchtigungen . . . . .	126
II.	Deponien und ortsfeste Abfallentsorgungsanlagen . . . . .	127
III.	Rechtsverordnungsermächtigung zur Bestimmung der Vorhaben und der UVP-Pflicht . . . . .	127
IV.	Vorhaben-Verordnung . . . . .	129
	1. Bestimmung der Verfahrensart . . . . .	130
	2. Bestimmung der UVP-Pflichtigkeit . . . . .	130
	3. Bestimmung der Emissionshandelspflichtigkeit . . . . .	131
V.	Einschränkungen des Anwendungsbereichs . . . . .	131
	1. Vorhabenbegriff . . . . .	131
	2. Nicht gewerblichen Zwecken dienende Vorhaben . . . . .	131
	3. Bestimmte wasserwirtschaftliche Vorhaben . . . . .	132
	4. Weitere Vorhaben . . . . .	133

VI.	Genehmigungsarten . . . . .	134
1.	Genehmigung . . . . .	134
2.	Planerische Genehmigung . . . . .	135
VII.	Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	135
VIII.	Bewertung . . . . .	137
B.	Genehmigungstatbestand . . . . .	139
I.	Erfüllung von Grundpflichten . . . . .	140
1.	Schutz- und Vorsorgegrundpflicht . . . . .	141
2.	Abfallgrundpflicht . . . . .	142
3.	Grundpflicht zur Energieeffizienz . . . . .	143
4.	Grundpflicht zur sparsamen Wasserverwendung . . . . .	144
5.	Nachsorgepflichten . . . . .	146
6.	Konkretisierung der Grundpflichten . . . . .	146
a)	Begriff der Umweltveränderungen . . . . .	146
b)	Begriff der Schädlichkeit . . . . .	147
aa)	Fortführung des immissionsschutzrechtlichen Konkretisierungsmodells . . . . .	147
bb)	Einbeziehung sonstiger fachgesetzlicher Anforderungen . . . . .	148
cc)	Fortgeltung des bisherigen untergesetzlichen Regelwerks . . . . .	151
dd)	Rechtsverordnungsermächtigung . . . . .	152
7.	Dynamische Grundpflichten . . . . .	153
II.	Weitere Genehmigungsvoraussetzungen . . . . .	153
III.	Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	154
IV.	Bewertung . . . . .	156
1.	Konkretisierungsmodell des UGB-Entwurfs . . . . .	157
a)	Konkretisierung durch sektorales Fachrecht . . . . .	157
b)	Zusätzliche Anforderungen bei Gewässerbenutzungen . . . . .	159
2.	Abgrenzungsschwierigkeiten . . . . .	160
a)	Zuordnung zu den Grundpflichten oder zu den weiteren Genehmigungsvoraussetzungen . . . . .	160
b)	Zuordnung zu den umweltrechtlichen oder den anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften . . . . .	161
c)	Zuordnung zur Vorsorgegrundpflicht oder zum Bewirtschaftungsermessen . . . . .	162
d)	Fehlende Abstimmung der Grundpflichten mit sektoralen wasserrechtlichen Anforderungen . . . . .	163

e) Klärung verbleibender Schwierigkeiten durch Rechtsprechung und Literatur . . . . .	164
3. Komplizierte Rechtsanwendung . . . . .	164
C. Rechtsfolgen der Genehmigung . . . . .	165
I. Ausgestaltung der Entscheidung . . . . .	165
1. Gebundene Entscheidung und Ermessensklausel . . . . .	165
2. Integration der Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	167
II. Genehmigungswirkungen . . . . .	168
1. Integrationswirkung . . . . .	168
2. Konzentrationswirkung . . . . .	168
3. Privatrechtsgestaltende Wirkung . . . . .	169
a) Privatrechtsgestaltende Wirkung bei Anlagen . . . . .	169
b) Privatrechtsgestaltende Wirkung bei Gewässerbenutzungen . . . . .	169
aa) Rechtliche und tatsächliche Beeinträchtigungen Dritter . . . . .	171
bb) Ausschluss privatrechtlicher Ansprüche . . . . .	172
4. Bestandsschutz . . . . .	172
a) Nachträgliche Anordnungen . . . . .	173
b) Untersagung, Stilllegung, Beseitigung . . . . .	174
c) Widerruf der Genehmigung . . . . .	175
aa) Regelung im Referentenentwurf vom November 2007 . . . . .	175
bb) Regelung im Entwurf vom Mai 2008 . . . . .	177
cc) Regelung im Entwurf vom Dezember 2008 . . . . .	177
III. Nebenbestimmungen zur Genehmigung . . . . .	180
1. Bedingungen und Auflagen . . . . .	181
2. Befristung . . . . .	182
IV. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	182
V. Bewertung . . . . .	185
D. Planerische Genehmigung . . . . .	189
I. Genehmigungsvoraussetzungen . . . . .	189
1. Allgemeine Anforderungen . . . . .	189
a) Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen . . . . .	189
b) Keine nachteiligen Wirkungen auf Rechte anderer . . . . .	190
2. Besondere Anforderungen für bestimmte Vorhaben . . . . .	192
a) Besondere Anforderungen für Deponien . . . . .	192
b) Besondere Anforderungen für Gewässerausbauten sowie für Damm- und Deichbauten . . . . .	193
c) Besondere Anforderungen für Rohrleitungsanlagen	194

II.	Ausgestaltung der Entscheidung . . . . .	195
1.	Abwägungsentscheidung . . . . .	195
2.	Integration des wasserrechtlichen Bewirtschaftungsermessens . . . . .	197
3.	Integration der Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	199
III.	Wirkungen der planerischen Genehmigung . . . . .	199
1.	Integrations-, Konzentrations-, Genehmigungs-, Gestaltungs- und Ausschlusswirkung . . . . .	200
2.	Enteignungsrechtliche Vorwirkung . . . . .	201
3.	Bestandsschutz . . . . .	201
IV.	Nebenbestimmungen der planerischen Genehmigung . . .	202
1.	Nebenbestimmungen . . . . .	202
a)	Bedingungen und Auflagen . . . . .	202
b)	Befristung . . . . .	203
c)	Sicherheitsleistung . . . . .	204
2.	Vorbehalt einzelner regelungsbedürftiger Fragen . . .	204
V.	Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	205
VI.	Bewertung . . . . .	206
1.	Doppelregelungen im Allgemeinen und Besonderen Verwaltungsrecht . . . . .	207
2.	Bedeutungsverlust der Abwägung . . . . .	209
3.	Änderung der Prüfungssystematik . . . . .	211
E.	Gestufte Verfahren . . . . .	212
I.	Vorbescheid und Teilgenehmigung . . . . .	213
1.	Voraussetzungen . . . . .	213
2.	Teilgenehmigung für Anlage und Gewässerbenutzung .	214
3.	Umweltverträglichkeitsprüfung, Unwirksamer Vorbescheid . . . . .	215
4.	Bindungswirkung des vorläufigen Gesamturteils . . .	215
II.	Planerische Genehmigung in Abschnitten . . . . .	216
1.	Voraussetzungen . . . . .	216
2.	Vorläufiges Gesamturteil . . . . .	217
III.	Vorzeitiger Beginn . . . . .	218
1.	Voraussetzungen . . . . .	218
2.	Umweltverträglichkeitsprüfung, Widerruf und Nebenbestimmungen . . . . .	219
IV.	Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	220
V.	Bewertung . . . . .	221
F.	Erlöschen der integrierten Vorhabengenehmigung . . . .	223

I.	Erlöschen der Genehmigung . . . . .	223
II.	Erlöschen der planerischen Genehmigung . . . . .	224
III.	Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	225
IV.	Bewertung . . . . .	225
G.	Genehmigungspflichtigkeit von Vorhabenänderungen . . . . .	227
I.	Vorhabenänderungen bei der Genehmigung . . . . .	227
1.	1. Wesentliche Änderung . . . . .	227
2.	2. Verlängerung der Befristung von Gewässerbenutzungen . . . . .	228
II.	Vorhabenänderung bei der planerischen Genehmigung . . . . .	228
III.	Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	229
IV.	Bewertung . . . . .	229
H.	Übergangsvorschriften . . . . .	231
I.	Bestehende Zulassungen . . . . .	231
II.	Begonnene, bisher zulassungsfreie Gewässerbenutzungen . . . . .	232
III.	Laufende Verfahren . . . . .	233
IV.	Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	233
V.	Bewertung . . . . .	233
I.	Ergebnis . . . . .	234
<b>Kapitel 6: Verfahrensrechtliche Strukturen der integrierten Vorhabengenehmigung . . . . .</b>		<b>239</b>
A.	Verfahrensarten . . . . .	240
B.	Förmliches Verfahren . . . . .	241
I.	Antrag . . . . .	241
1.	Antragsberatung . . . . .	242
a)	Inhalt . . . . .	242
b)	Hinzuziehung von Behörden und Dritten . . . . .	243
c)	Zusätzliche Anforderungen bei UVP-Pflicht oder aus naturschutzrechtlichen Gründen . . . . .	244
d)	Zurverfügungstellung weiterer Informationen . . . . .	244
2.	Antragstellung . . . . .	245
a)	Antrag . . . . .	245
b)	Beizufügende Unterlagen . . . . .	245
aa)	Anlage 9 . . . . .	246
bb)	Erleichterungen bei früherer Umweltprüfung . . . . .	246
cc)	Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse . . . . .	247
dd)	Verwendung von Vordrucken und elektronische Übermittlung . . . . .	248

3. Verfahren nach Eingang des Antrags . . . . .	248
a) Eingangsbestätigung . . . . .	248
b) Vollständigkeitsprüfung . . . . .	248
c) Einholung von Sachverständigengutachten . . . . .	250
4. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	251
5. Bewertung . . . . .	253
II. Beteiligung von Behörden und Koordination mit anderen Zulassungsverfahren . . . . .	255
1. Behördenbeteiligung . . . . .	255
a) Zeitpunkt und Umfang . . . . .	255
b) Präklusion . . . . .	256
2. Koordination mit anderen Zulassungsverfahren . . . . .	257
3. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	258
4. Bewertung . . . . .	259
III. Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	260
1. Öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens . . . . .	260
a) Bekanntmachungsort . . . . .	260
b) Bekanntmachungsinhalt . . . . .	261
2. Öffentliche Auslegung von Antrag und Unterlagen . . . . .	262
a) Auslegungszeitraum . . . . .	262
b) Auslegungsinhalt . . . . .	262
c) Auslegungsort . . . . .	263
d) Veröffentlichung im Internet . . . . .	264
e) Zugänglichmachen weiterer Informationen . . . . .	266
3. Einwendungen . . . . .	266
a) Einwendungsberechtigung . . . . .	266
b) Einwendungsfrist und Präklusion . . . . .	267
c) Bekanntgabe der Einwendungen . . . . .	268
4. Erörterungstermin . . . . .	268
a) Erfordernis eines Erörterungstermins . . . . .	269
b) Gegenstand des Erörterungstermins . . . . .	270
c) Entfallen des Erörterungstermins . . . . .	271
d) Bekanntmachung der Erörterungstermins . . . . .	273
e) Durchführung des Erörterungstermins . . . . .	274
aa) Öffentlichkeit . . . . .	274
bb) Ablauf . . . . .	274
cc) Beendigung . . . . .	275
5. Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	276
a) Änderungen im Laufe des Verfahrens . . . . .	276

b) Änderungen im gestuften Verfahren . . . . .	277
6. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	278
7. Bewertung . . . . .	280
a) Vergleich mit dem geltenden Recht . . . . .	280
b) Kritik der Umwelt- und Naturschutzvereinigungen und Stellungnahme . . . . .	281
IV. Abschluss des Verfahrens . . . . .	285
1. Zusammenfassende Darstellung und Bewertung . . . . .	285
2. Entscheidung . . . . .	287
a) Entscheidungsfrist . . . . .	287
b) Entscheidungsform . . . . .	287
c) Entscheidungsinhalt . . . . .	288
3. Bekanntgabe der Entscheidung . . . . .	288
a) Zustellung, öffentliche Bekanntmachung, Benachrichtigung . . . . .	289
b) Masseverfahren . . . . .	290
4. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	290
5. Bewertung . . . . .	291
V. Besonderheiten bei der planerischen Genehmigung . . . . .	293
1. Verlängerung von Fristen . . . . .	294
2. Größerer Umfang der Beteiligung . . . . .	295
3. Zusammentreffen mehrerer Vorhaben . . . . .	295
4. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	296
5. Bewertung . . . . .	296
a) Vergleich mit dem geltenden Recht . . . . .	296
b) Kritik an einzelnen Bestimmungen . . . . .	298
C. Vereinfachtes Verfahren . . . . .	299
I. Voraussetzungen . . . . .	299
1. Vereinfachtes Verfahren bei der Genehmigung . . . . .	300
2. Vereinfachtes Verfahren bei der planerischen Genehmigung . . . . .	300
3. Entscheidung über die Durchführung des vereinfachten Verfahrens . . . . .	301
II. Besonderheiten des vereinfachten Verfahrens . . . . .	302
1. Nicht anwendbare Vorschriften . . . . .	303
2. Entscheidungsfrist . . . . .	303
3. Rechtswirkungen der planerischen Genehmigung . . . . .	304
III. Vereinfachtes Verfahren mit verkürzten Fristen . . . . .	304

1. Voraussetzungen . . . . .	305
2. Zusätzliche Antragsunterlagen . . . . .	306
3. Zusammenfassung von Verfahrensschritten . . . . .	307
4. Entscheidung . . . . .	307
IV. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	308
V. Bewertung . . . . .	310
D. Verfahren bei Vorhabenänderungen . . . . .	311
I. Anzeigeverfahren . . . . .	312
II. Vereinfachtes Verfahren . . . . .	313
III. Förmliches Verfahren . . . . .	314
IV. Regelung im Kommissionsentwurf und im Referentenentwurf von 1999 . . . . .	314
V. Bewertung . . . . .	315
E. Behördliche Zuständigkeit . . . . .	316
I. Schaffung einer Einheitsbehörde . . . . .	316
II. Konkrete Genehmigungsbehörde . . . . .	318
III. Binnenstruktur der Genehmigungsbehörde . . . . .	318
F. Ergebnis . . . . .	319

Kapitel 7: Die Rolle der integrierten Vorhabengenehmigung im Rahmen des Scheiterns des Umweltgesetzbuchs im Jahre 2009 . . . . .	325
--	-----

A. Einführung neuer Genehmigungspflichten . . . . .	326
I. Kritik an der Regelung des UGB-Entwurfs . . . . .	326
II. Stellungnahme . . . . .	326
1. Begonnene, bisher zulassungsfreie Gewässerbenutzungen	327
2. Zulassungsbedürftigkeit von Neuvorhaben . . . . .	327
a) Wasserkraftanlagen . . . . .	328
b) Landwirtschaftliche Entwässerungsanlagen . . . . .	329
aa) Erlaubnisfreie landwirtschaftliche Entwässerungsanlagen . . . . .	329
bb) Erlaubnispflichtige landwirtschaftliche Entwässerungsanlagen . . . . .	330
c) Anlagen zur intensiven Fischzucht . . . . .	331
d) Opt-out-Klausel . . . . .	332
e) Biogas-Anlagen . . . . .	332
3. Ergebnis . . . . .	334
B. Beschränkung auf Anlagen der IVU-Richtlinie . . . . .	335
I. Kritik an der Regelung des UGB-Entwurfs . . . . .	335
II. Stellungnahme . . . . .	336

C. Verschärfung der Anforderungen für wasserwirtschaftliche Vorhaben . . . . .	337
I. Kritik an der Regelung des UGB-Entwurfs . . . . .	337
II. Stellungnahme . . . . .	338
D. Rechtsunsicherheit durch neue Begrifflichkeiten . . . . .	341
I. Kritik an der Regelung des UGB-Entwurfs . . . . .	341
II. Stellungnahme . . . . .	341
E. Verlängerung der Genehmigungsverfahren . . . . .	343
I. Verlängerung des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens	343
1. Kritik an der Regelung des UGB-Entwurfs . . . . .	343
2. Stellungnahme . . . . .	344
II. Verlängerung des wasserrechtlichen Verfahrens . . . . .	345
1. Kritik an der Regelung des UGB-Entwurfs . . . . .	345
2. Stellungnahme . . . . .	345
a) Gegenstand eines Vergleichs . . . . .	345
b) Bewilligungsverfahren nach dem BayWG a. F. . .	346
c) Opt-out-Klausel . . . . .	349
d) Ergebnis . . . . .	349
<b>Kapitel 8: Resümee und Ausblick . . . . .</b>	<b>351</b>
A. Resümee . . . . .	351
I. Integration im europäischen und im deutschen Umweltrecht	351
II. Das Konzept der integrierten Vorhabengenehmigung . . .	354
III. Vergleich des Entwurfs vom Dezember 2008 mit dem Kommissionsentwurf und dem Referentenentwurf von 1999	357
1. Gemeinsamkeiten . . . . .	357
2. Unterschiede . . . . .	359
IV. Bewertung des Entwurfs vom Dezember 2008 . . . . .	362
V. Bewertung des Scheiterns des Umweltgesetzbuchs im Jahre 2009 . . . . .	367
B. Ausblick . . . . .	371
I. Erlass von Einzelgesetzen . . . . .	371
II. Zulassungssystem nach dem am 1. März 2010 in Kraft getretenen WHG . . . . .	373
1. Gewässerbenutzungen . . . . .	374
a) Erlaubnis und Bewilligung . . . . .	374
b) Gehobene Erlaubnis . . . . .	375
2. Planfeststellungsbedürftige wasserwirtschaftliche Vorhaben . . . . .	376
3. Bewertung . . . . .	378

III.	Umsetzung des Koordinierungsgebots durch das Verfahren über eine einheitliche Stelle? . . . . .	379
1.	Das Verfahren über die einheitliche Stelle . . . . .	379
a)	Anwendbarkeit . . . . .	380
b)	Funktion der einheitlichen Stelle . . . . .	381
c)	Informationspflichten . . . . .	381
d)	Gegenseitige Unterstützung . . . . .	382
2.	Umsetzung des Koordinierungsgebots durch die Einschaltung der einheitlichen Stelle? . . . . .	383
3.	Ergebnis . . . . .	384
IV.	Neuer Anlauf für ein Umweltgesetzbuch als Optimierungschance? . . . . .	385
	Literatur . . . . .	389
	Register . . . . .	419